

Internationale Perspektive

Regionalstatistische Daten für Deutschland, Europa und weltweit

von Susanne Schnorr-Bäcker

Vergleichbare regionalstatistische Daten für Deutschland gewinnen zunehmend an Bedeutung. Grundlegend dafür sind regionale Klassifikationen und Standards. Besonders die Europäische Union, aber auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben wichtige Vorarbeiten geleistet, wie z. B. die Schaffung einer hierarchischen und überschneidungsfreien Gebietsgliederung oder die Festlegung von Kriterien zur Typisierung von Regionen. Diese sind unverzichtbar für harmonisierte grenzüberschreitende kleinräumige Betrachtungen, wie sie z. B. im Rahmen von „open government“ oder für die europäische Förder-, Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik gefordert werden. Ein Überblick über das derzeitige regionalstatistische Datenangebot aus der Bundesstatistik für Deutschland schließt die Betrachtungen ab.

1. Vorbemerkungen

In diesem Beitrag soll aufgezeigt werden, welchen Bedarf es an flächendeckenden und vergleichbaren regionalstatistischen Daten für Deutschland gibt und wie das Datenangebot dazu derzeit aussieht. Im Fokus stehen dabei die Anforderungen auf supra- und internationaler Ebene, vor allem seitens der Europäischen Union, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Vereinten Nationen. Nach einer kurzen Beschreibung der allgemeinen Rahmenbedingungen und der Darstellung der Gebietseinheiten soll im Einzelnen aufgezeigt werden, welcher Bedarf an regionalstatistischen Daten auf supra- und internationaler Ebene besteht. In diesem Zusammenhang wird auch dargestellt, welche Maßnahmen zur Harmonisierung und Standardisierung der nationalen Datenangebote bereits ergriffen wurden bzw. geplant sind. Auf dieser Grundlage sollen besonders europaweite Initiativen sowie ausgewählte inter- und supranationale Strategien und Projekte mit regionalstatistischem Bezug vorgestellt werden. Wie die damit verbundenen Anforderungen an flächendeckende, regionalstatistische Datenangebote für Deutschland aus dem Programm der Bundesstatistik, vor allem aus dem Gemeinschaftsprogramm der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, derzeit bedient werden können, soll zum Abschluss aufgezeigt werden.

2. Rahmenbedingungen

Vergleichbare und qualitativ hochwertige Daten der amtlichen Statistik sind ein unverzichtbares öffentliches Gut für Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Amtliche regionalstatistische Daten bieten eine wichtige Grundlage für die kleinräumige Planung und Entscheidungsvorbereitung sowie die Evaluation von politischen Maßnahmen. Dabei geht es vor allem um statistische Daten für Teilräume (wie z. B. Kreise oder Gemeinden, Arbeitsmarktregionen,

Wasserschutzgebiete u. Ä. m.). Welche Elemente als jeweils kleinste regionale Bausteine anzusehen sind, hängt im Wesentlichen von der Datenverfügbarkeit bzw. ihren Zugangsmöglichkeiten sowie dem jeweiligen Verwendungszweck ab.

Auch wenn politische Maßnahmen auf kleinräumiger Ebene vor allem zur Daseinsvorsorge, häufig – wie in Deutschland – gesetzlich geregelte Aufgaben eines jeweiligen Bundeslandes oder seiner Kommunen sind (einschließlich der damit verbundenen Datenhoheit), werden im Programm der amtlichen Statistik für ausgewählte statistische Merkmale und Regionen eine Vielzahl von weitgehend harmonisierten statistischen Nachweisungen angeboten.

Bereits seit Langem ist für einige wenige Statistiken eine kleinräumige Darstellung möglich, beispielsweise für ausgewählte Umweltstatistiken oder die Straßenverkehrsunfallstatistik.¹ Auch hat die Bundesstatistik bereits Erfahrungen mit der Georeferenzierung von Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben gewonnen und dies erstmals auf einzelgesetzlicher Grundlage im Rahmen des Agrarzensus 2010 erproben können.²

Mit Inkrafttreten des sogenannten E-Government-Gesetzes³ am 1. August 2013 wurde das Bundesstatistikgesetz dahingehend geändert, dass nun generell eine Georeferenzierung statistischer Daten zulässig ist. Die bereits im Bundesstatistikgesetz (BStatG) bestehenden Regelungen für statistische Daten für

- Personen- und Haushaltsstatistiken (gemäß § 10 BStatG) und
- Wirtschafts- und Umweltstatistiken (§ 13 BStatG) wurden entsprechend modifiziert.⁴ So dürfen für Personen- und Haushaltsstatistiken die Merkmale in geografischen Gitterzellen von mindestens 100 m × 100 m unter Wahrung der bestehenden

1 bis 75

Information: Die Fußnoten des gesamten Beitrages befinden sich unter Anmerkungen auf den Seiten 26 und 27.

Löschungsvorschriften gespeichert werden. Für die Wirtschafts- und Umweltstatistiken dürfen exakte Geokoordinaten verwendet werden. Darüber hinaus gibt es im E-Government-Gesetz eine Regelung zur Georeferenzierung von öffentlichen und nicht-öffentlichen Registern für Datenbestände auf Grundlage einer Rechtsvorschrift des Bundes.⁵

3. Regionalstatistische Gebietseinheiten

3.1 Arten und Abgrenzung

Statistische Daten haben grundsätzlich eine zeitliche und eine räumliche Dimension. Das heißt, sie gelten für einen bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum und ein bestimmtes Gebiet. Wesensbestimmend für regionalstatistische Daten ist, dass sie für nationale Teilräume unterhalb einer bestimmten Größenordnung gelten. So besteht für Deutschland eine lange Tradition, erst statistische Daten unterhalb der Länderebene, das sind in der Regel Teilräume bzw. kleinere regionale Einheiten, als regionalstatistische Informationen zu bezeichnen.

In der Bundesstatistik haben sich vor allem zwei Arten von Regionalgliederungen herausgebildet:

- administrative Gebietseinheiten und
- nicht-administrative Gebietseinheiten.

Als administrative Gebiete werden vor allem solche Teilräume bezeichnet, deren Grenzen politisch vorgegeben sind und die das allgemeine Hoheitsgebiet einer öffentlichen Verwaltung bzw. Gebietskörperschaft darstellen. Die administrative Gliederung Deutschlands auf den verschiedenen föderalen Ebenen setzt sich aus Bund, Ländern, Regierungsbezirken, Landkreisen/kreisfreien Städten und Gemeinden/Gemeindeverbänden zusammen. Diese Untergliederung ist klar definiert durch rechtsverbindliche Grenzen, überschneidungsfrei und hierarchisch strukturiert.

Alle anderen Gebietsabgrenzungen werden als nicht-administrative Gebietseinheiten bezeichnet. Diese lassen sich weiter nach den Kriterien Homogenität und Funktionalität unterscheiden. Maßgeblich für ersteres ist die Abgrenzung hinsichtlich der Ähnlichkeit bezüglich bestimmter Eigenschaften bzw. Merkmale (z. B. Siedlungsdichte, Einkommensniveau, bestimmte geo- oder topografische Eigenschaften wie Küstenregionen oder Berggebiete).

Bei einer Abgrenzung hinsichtlich der Funktionalität wird auf die Interdependenzen oder wechselseitigen Abhängigkeiten in einem bestimmten Gebiet abgestellt. Häufig geht es dabei um Verflechtungen von Orten im Raum in wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Hinsicht (wie z. B. bei Arbeitsmarkregionen, ökologischen Systemen wie Naturschutzgebieten oder Wassereinzugsgebieten).

3.2 Regionale Bausteine

Um Regionen statistisch abbilden zu können, werden kleinste regionale Elemente oder Bausteine benötigt. Grundsätzlich lassen sich dabei vier verschiedene Formen unterscheiden⁶:

- Punkt,
- Linie,
- Vektor,
- Rasterzelle.

Bei statistischen Angaben zu Punkten handelt es sich um geografische Orte von geringer räumlicher Ausdehnung (z. B. Straßenverkehrsunfallsschwerpunkte oder Wassereinleitstellen). Derartige Angaben sind in der amtlichen Statistik nur in Ausnahmefällen zulässig, wenn sie in einem entsprechenden Fachstatistikgesetz explizit genannt sind.⁷

Statistische Nachweisungen in Form von Linien kommen in der Bundesstatistik ebenfalls relativ selten vor. Beispiele dafür sind netzgebundene Verkehrswege (wie z. B. im Güterverkehr auf der Straße, der Schiene oder auf Wasserstraßen). Als Hintergrundinformationen für kartografische Darstellungen bieten sie Ansatzpunkte für mögliche Erklärungen oder weiterführende Analysen.

Bei Vektoren handelt es sich in der Regel um Teilräume mit einem unregelmäßigen Grenzverlauf, wie dies beispielsweise bei Gemeinden oder Gemeindefällen der Fall ist. In der Bundesstatistik erfolgt ihre Abgrenzung vor allem anhand von Identifikatoren (z. B. dem amtlichen Gemeindegeschlüssel (AGS) oder Postleitzahlen).

Lange Tradition und weit verbreitet sind in der Geografie sogenannte Rasterzellen. Es handelt sich dabei üblicherweise um quadratische Raumeinheiten in metrischer Form in einer Größe von 100 m x 100 m oder 1 km². In der Bundesstatistik waren derartige Darstellungen lange nicht möglich.⁸

Mit Inkrafttreten der Änderungen im Bundesstatistikgesetz auf der Grundlage des E-Government-Gesetzes sind nunmehr sämtliche Statistiken entsprechend darstellbar, vorausgesetzt, sie sind fachlich dafür geeignet. Rasterzellen bieten gegenüber Vektoren sowohl von der Datenhaltung wie auch von der Darstellung her Vorteile. Sie erlauben eine bessere Vergleichbarkeit statistischer Daten sowohl in räumlicher wie auch in zeitlicher Hinsicht. Unter räumlichen Aspekten ermöglichen sie den Vergleich von Raumeinheiten gleichgroßer Fläche⁹. Auch in zeitlicher Hinsicht haben sie Vorteile, vor allem wenn sich die Gebietsgrenzen von Teilräumen im Zeitablauf ändern, wie dies für Deutschland beispielsweise bei Gebietsstandsänderungen von Gemeinden der Fall ist¹⁰.

Von besonderer Bedeutung waren bislang als kleinste regionalstatistische Einheiten in der Bundesstatistik die Gemeinden aus dem Gemeindeverzeichnis¹¹.

In Zukunft können Rasterzellen zur Datenerhebung und Darstellung für die Personen- und Haushaltsstatistiken verwendet werden; für die Wirtschafts- und Umweltstatistiken dürfen zur exakten Lokalisierung einer Anlage, eines Betriebes oder eines Unternehmens Geokoordinaten gespeichert werden. Auf der Grundlage dieser Bausteine lassen sich die entsprechenden realen Phänomene in der Bundesstatistik auch unterhalb der Ebene der Gemeinde erfassen und gegebenenfalls – unter Wahrung der bestehenden Geheimhaltungsregeln – genauer darstellen als auf der Grundlage von administrativen Einheiten.

Diese verschiedenen Möglichkeiten sollen anhand eines Beispiels zur durchschnittlichen Größe landwirtschaftlicher Betriebe aus der Landwirtschafts-

zählung 2010 kurz dargestellt werden. Die beiden Karten (siehe Abbildung a) zeigen ähnliche Sachverhalte. Hierbei geht es um die durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße für das Gebiet im Bereich Wiesbaden und Mainz. Ungeachtet der Klassifizierung werden im Regionalatlas – mit administrativen Gebietseinheiten – die Werte für die durchschnittliche Größe von Agrarbetrieben wesentlich weniger differenziert und für eine größere Fläche angezeigt als im Agraratlas, der Angaben für Rasterzellen enthält: Während der Regionalatlas in der Abbildung für das ausgewählte Gebiet für die durchschnittliche Betriebsgröße nur einen Wert (10 bis 84 Hektar) anzeigt, enthält der Agraratlas auch Rasterzellen mit größeren Betriebseinheiten (mit z. B. 100 bis 200 Hektar bzw. 200 bis 400 Hektar). Die Verwendung von Rasterkarten bedeutet allerdings auch, dass Raster Verwaltungsgrenzen – z. B. zwischen Kreisen und sogar Bundesländern – überschreiten können, was u. a. besondere Anforderungen an die Geheimhaltung stellt.

Das bedeutet für Rasteranwendungen, dass ergänzende Informationen zu Verwaltungsgrenzen oder anderen topografischen Besonderheiten für die Interpretation eine noch stärkere Bedeutung haben als für weniger differenzierte räumliche Darstellungen auf der Grundlage von administrativen Einheiten. In beiden Online-Anwendungen lassen sich weitere Informationen, z. B. zu administrativen Gebietsgrenzen (in Schwarz die Grenzen der Bundesländer), Naturräumen (in Braun) oder Flüssen (in Blau), hinzufügen.

3.3 Regionalklassifikationen und Gebietstypisierungen

Da die politische Planung und Entscheidungsvorbereitung auf regionaler Ebene den räumlichen Besonderheiten in siedlungsstruktureller und/oder funktionsräumlicher Hinsicht Rechnung tragen muss, wurden von den entsprechenden Entscheidungssträ-

gern – teilweise auch in Abstimmung mit der amtlichen Statistik – in Deutschland und mehr noch auf der Ebene der Europäischen Union oder der OECD entsprechende Gebietsklassifikationen festgelegt.

Wichtige Abgrenzungskriterien sind dabei, neben Siedlungsdichte, d. h. der Einwohnerzahl je km², vor allem die folgenden funktionsräumlichen Kriterien zur Typisierung von Regionen oder verstärkten Gebieten: Die Erreichbarkeit eines Ortes (z. B. mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln) sowie die Zugangsmöglichkeiten vor allem in ökonomischer Hinsicht (gemessen z. B. an den Kosten oder dem Zeitaufwand für den Transport); in der anglo-amerikanischen Literatur werden diese Kriterien auch als „accessibility“ und „affordability“ bezeichnet.

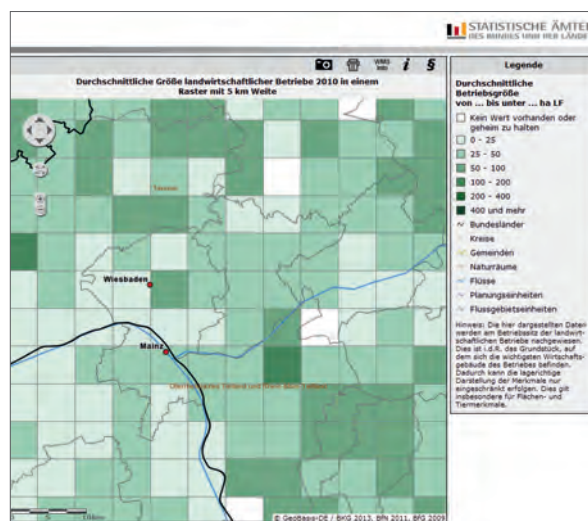
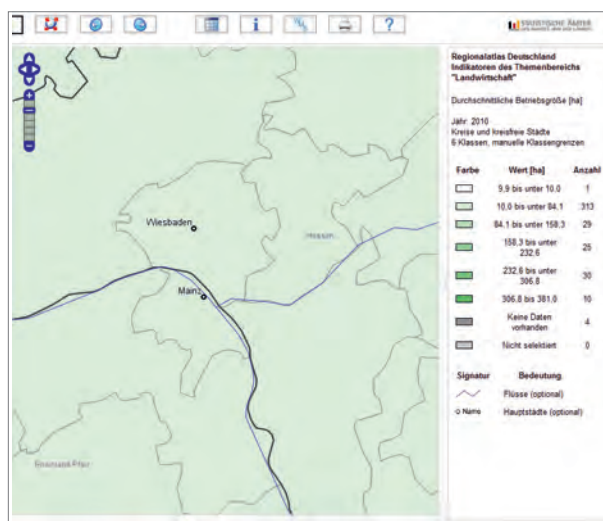
– Für Deutschland

Für Deutschland ist das System der sogenannten zentralen Orte wichtigstes raumordnerisches, flächendeckendes Instrument und im Raumordnungsgesetz geregelt¹². Es ist Grundlage für die überörtliche Leistungserbringung im Rahmen der Daseinsvorsorge in Form von Infrastruktureinrichtungen sowie für die Entwicklung des ländlichen Raums. Dieses hierarchische System besteht im Wesentlichen aus drei Funktionsstufen: sogenannten Ober-, Mittel- und Unter-/Grund-/Kleinzentren. Ihre Abgrenzung und Zuordnung erfolgt in Raumordnungsplänen für das Gebiet eines jeweiligen Bundeslandes. Dabei orientieren sich die landesplanerischen Ausweisungen an Ausstattungskatalogen der Länder.

Die Zuordnung einer Kommune zu einem bestimmten Zentralen Orte-Typ erfolgt auf der Grundlage des Angebots an Gütern und Dienstleistungen für Privathaushalte und der Erreichbarkeit dieser Orte mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln^{13, 14}:

- Die Oberzentren (insgesamt mehr als 100) zeichnen sich durch das an einem Ort vorhandene Angebot für einen spezialisierten höheren Bedarf an

a | Kartografische Darstellungen anhand von administrativen Gebietseinheiten und Rasterzellen



Quelle: Regionalatlas

<https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/regatlas/ai009.xml&CONTEXT=REGATLAS01> und

Agraratlas <http://www.atlas-agrarstatistik.nrw.de/>

Gütern und Dienstleistungen für private Haushalte aus; zudem sollen sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln in maximal 90 Minuten erreichbar sein.

- In Mittelzentren (insgesamt rund 1 000) findet man Güter des gehobenen Bedarfs; zu ihrem Einzugsbereich zählen rund 30 000 bis 35 000 Einwohner und diese Zentren sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln in maximal 45 Minuten erreichbar sein.
- Zentrale Orte der unteren Stufe sollen den Grundbedarf der Bevölkerung im Nahbereich decken, wobei das Einzugsgebiet mindestens 7 000 bis 10 000 Einwohner betragen soll.

– Für Europa

Auf europäischer Ebene bilden ebenfalls administrative Einheiten und Rasterdaten die kleinsten Bausteine für entsprechende Gebietstypisierungen bzw. Regionalklassifikationen. Die NUTS-Klassifikation (Nomenclature des unités territoriales statistiques) ist eine Systematik der Gebietseinheiten für eine hierarchische Untergliederung des EU-Wirtschaftsraums.

Die Abgrenzung der NUTS-Ebenen basiert auf geografisch festgelegten Verwaltungseinheiten, in der Regel die beiden obersten regionalen Hauptebenen 1 und 2; für die zusätzliche dritte Ebene werden kleinere Verwaltungseinheiten zusammengefasst (Abbildung b).

Für die Zuordnung der Gebietseinheiten zu den verschiedenen regionalen Ebenen sind Unter- und Obergrenzen für die Größe, gemessen an den Einwohnerzahlen, festgesetzt, die aber aufgrund der unterschiedlichen Größe der europäischen Mitgliedstaaten nicht immer eingehalten werden können.

Für NUTS-3-Einheiten – für Deutschland sind das die Kreise – sollte die Einwohnerzahl zwischen 150 000 und 800 000 Einwohnern liegen, für NUTS-2-Einheiten (für Deutschland sind das die Regierungsbezirke oder sogenannte Statistische Regionen) sollte die Bevölkerungszahl zwischen

800 000 und 3 Mill. liegen und für NUTS-1-Einheiten (in Deutschland sind das die Bundesländer) sollte die Bevölkerung zwischen 3 und 7 Mill. Personen aufweisen.

Die NUTS-Klassifikation wurde bereits 1970 für die Regionalstatistik in der damaligen Europäischen Gemeinschaft konzipiert und mehrere Jahrzehnte auf der Grundlage von so genannten Gentlemen's Agreements zwischen den Mitgliedstaaten und Eurostat angewandt und aktualisiert. Seit 2003 basiert diese Gebietssystematik auf einer Rechtsgrundlage¹⁵, der Verordnung (EG) Nummer 1059/2003. Sie wird regelmäßig¹⁶ im Dreijahresturnus überprüft und modifiziert. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren ihre (historischen) Daten entsprechend zu aktualisieren, das heißt dem aktuellen Gebietsstand anzupassen.¹⁷

Für den Bedarf an lokalen europaweit vergleichbaren Statistiken wurde auf europäischer Ebene ein mit der NUTS-Klassifikation kompatibles System lokaler Verwaltungseinheiten (local administrative units bzw. LAU) festgelegt. Es besteht aus einer oberen LAU-Ebene (LAU 1: für Deutschland sind das Gemeindeverbände) sowie einer unteren LAU-Ebene (LAU 2: für Deutschland sind das Gemeinden). Gemäß den Bestimmungen der NUTS-Verordnung müssen die EU-Staaten dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) jährlich eine vollständige Liste ihrer lokalen Verwaltungseinheiten zuleiten.

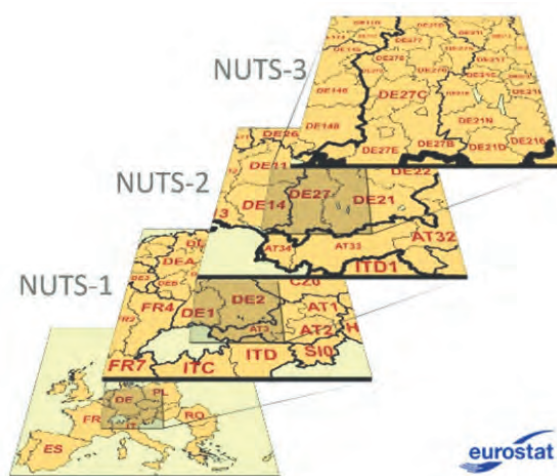
Alle gemeinschaftsweiten Regionalstatistiken beziehen sich auf die NUTS-Klassifikation. Für einige europäische Regionalstatistiken wurde auf der Grundlage von Postleitzahlen ein Referenzschlüssel zur geografischen Identifizierung entwickelt. Er ermöglicht eine Zuordnung von Postleitzahlen zur NUTS-3-Ebene und wird benötigt für Projekte, z.B. von Eurostat, anderen Kommissionsdienststellen oder der Europäischen Investitionsbank. Auch für öffentliche Einrichtungen außerhalb der Bundesstatistik hat die europäische Regionalklassifikation NUTS eine gewisse Bedeutung, wenn sie entsprechende Informationen für Deutschland an Europäische Dienststellen melden müssen.

Auch die OECD beschäftigt sich mit kleinräumigen Entwicklungen in ihren Mitgliedstaaten. Sie verwendet dafür eine eigene Gebietsgliederung „Territorial Levels“ (TL), mit drei verschiedenen Ebenen: TL1 „Nationale Staaten“, TL2 „Regionen“ sowie TL3 „kleinere Gebietseinheiten“. Sie ist ebenfalls hierarchisch, d.h. überschneidungsfrei, konzipiert und baut für Deutschland auf den Kreisen auf.

Neben dieser europaweiten Gebietsgliederung auf administrativer Ebene finden zunehmend auch Rasterdaten von 1 km² Verwendung. Da Rasterdaten bislang nur für die Minderzahl der europäischen Mitgliedstaaten zulässig sind (auch für Deutschland war eine generelle Darstellung in der Bundesstatistik auf der Grundlage von Rastern bis zum 31. Juli 2013 nicht möglich), hat Eurostat eine Pilotstudie initiiert, um diese Daten aus anderen, bereits vorliegenden Quellen abzuleiten¹⁸.

Diese beiden Bausteine, d.h. kleinste administrative Einheiten auf LAU-Ebene sowie Rasterzellen von

b | NUTS-Klassifikation



Quelle:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction

1 km², bilden die Grundlage für siedlungsstrukturelle oder funktionsräumliche Gebietstypisierungen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Im Folgenden werden die wichtigsten Typen, die von der Europäischen Kommission in enger Zusammenarbeit mit der OECD entwickelt wurden, näher beschrieben (Abbildung c). Dazu gehören eine

- 1) Abgrenzung ländlicher von städtischen Gebieten (DegUrba),
- 2) Typisierung von Städten und verstäderten Regionen,
- 3) Abgrenzung von Metropolregionen.

ad (1) Abgrenzung ländlicher von städtischen Gebieten (DegUrba)

Auf europäischer Ebene wurde ein integriertes System zur Gebietstypisierung auf der Grundlage von LAU-2-Einheiten entwickelt. Dieses diente zunächst zur Abgrenzung des städtischen Raums vom ländlichen Raum. Diese Typisierung „DegUrba (Degree of Urbanisation)“²⁰ wurde um eine Gebietstypisierung nach Verstädterungsgrad ergänzt und später noch für verschiedene Stadt(teil)typen wie Kernstadt, Agglomeration und Metropolregionen verfeinert.

Zur Abgrenzung dieser drei Gebietstypen werden folgende Merkmale herangezogen: Zum einen die Siedlungsdichte, d. h. die Wohnbevölkerung je km², und zum anderen die Gemeindegröße gemessen an der Einwohnerzahl (Abbildung d).

Bei DegUrba werden die folgenden drei Gebietstypen unterschieden:

- dünn besiedeltes Gebiet (ländlicher Raum), also Gebiete mit einer Siedlungsdichte von weniger als 100 Personen je km² und einer Gemeindegröße von weniger als 50 000 Einwohnern,
- Gebiete mit mittlerer Besiedlungsdichte (z. B. kleinere Städte und Vorstädte), also Gemeinden mit einer Siedlungsdichte zwischen 100 und unter 500 Personen je km² und einer Gemeindegröße von mindestens 50 000 Einwohnern,
- dicht besiedeltes Gebiet (Städte oder großstädtischer Raum), d. h. Rasterzellen mit einer Bevöl-

kerungsdichte von mindestens 500 Einwohnern je km² und eine Wohnbevölkerung von mehr als 50 000 Personen.

Die Gebietstypisierung DegUrba kommt bereits für einige Gemeinschaftsstatistiken zur Anwendung wie z. B. für ausgewählte Tourismus- oder Arbeitsmarktstatistiken. Im Gemeindeverzeichnis des Statistischen Bundesamtes ist die Zuordnung der Gemeinden zu den jeweiligen DegUrba-Typen²¹ enthalten.

ad (2) Typisierung von Städten und verstäderten Regionen

Diese Gebietstypisierung wurde 2013 gemeinsam von der Europäischen Kommission und der OECD erarbeitet und festgelegt.²² Sie gilt für verstäderte Gebiete mit einer Siedlungsdichte von mehr als 1 500 Einwohnern je Quadratkilometer und Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Danach lassen sich folgende Gebietstypen unterscheiden:

- a) Urbane Center in verschiedenen Ausprägungen je nach Einwohnerzahl reichen von kleinen Urbanen Centern mit bis zu 100 000 Einwohnern über sogenannte XXL-Urbane Center mit einer Einwohnerzahl von 1 Mill. bis 5 Mill. Einwohnern bis hin zu globalen Urbanen Centern mit mehr als 5 Mill. Einwohnern; Urbane Center sind Kern einer urbanen Stadt.

- b) Urbane Stadt (d. h. die Stadt im Sinne der europäischen Städteerhebung Urban Audit²³).

- c) Verstäderte Region (larger urban zone).

Es handelt sich bei dieser Gebietstypisierung von den konkreten Abgrenzungskriterien her um eine hierarchische Gliederung, d. h. jede nachfolgende Stufe baut auf der vorherigen auf. So ist das Urbane Center die Voraussetzung für eine Urban-Audit-Stadt unter Berücksichtigung von zwei weiteren Kriterien: Erstens soll mindestens die Hälfte der Bevölkerung der Urban-Audit-Stadt im Urbanen Center leben und zweitens sollen mindestens 75% der Bevölkerung des Urbanen Centers in der Stadt leben (siehe dazu auch Abbildung e).

c | Gebietsgliederungen auf europäischer Ebene¹⁹



Quelle:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/documents/Defining_urban_areas.pdf

d | Deutschland nach der europäischen Klassifikation DegUrba



Quelle:

http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/miscellaneous/index.cfm?TargetUrl=D-SP_DEGURBA

Ausgehend von diesem Städtetyp wird die sogenannte verstädterte Region gebildet, d.h. Kern der verstädterten Region ist eine Urban-Audit-Stadt. Hinzu kommen die folgenden Kriterien: Weniger als 15% der Beschäftigten der Urban Audit-Stadt leben in einer anderen Stadt und mindestens 15% der Wohnbevölkerung der Urbanen Stadt arbeiten am Wohnort. Und schließlich gilt drittens für die verstädterte Region/Larger Urban Zone, dass sämtliche Kommunen dieses Gebiets zu einem räumlich zusammenhängenden funktionalen Gebiet gehören. Diese drei Gebietsgliederungen kommen u.a. in der Europäischen Städterhebung Urban Audit²⁴ zur Anwendung. Für Deutschland wird dieses Projekt gemeinschaftlich, auch zusammen mit dem Statistischen Bundesamt, abgewickelt: Die Daten werden von einem offiziellen externen Datenlieferanten der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit als eigene Angelegenheit ermittelt und zusammengestellt.²⁵

Im Weiteren werden für diese Gebietstypen noch Spezialfälle unterschieden, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.²⁶ Die Städte in Europa, vor allem ihre räumliche Verteilung, lassen sich wie in Abbildung f darstellen:²⁷

ad (3) Abgrenzung von Metropolregionen

Ausgangspunkt sind wieder sogenannte Urbane Center, für die aufgrund der Siedlungsstruktur in Europa die unter (2)a) genannten Kriterien gelten.²⁸ Danach werden alle umgebenden Rasterzellen einbezogen, in denen mehr als 15% der Wohnbevölkerung gleichzeitig in dem Urbanen Center beschäftigt sind. In die Betrachtung können noch weitere soziodemografische, ökonomische und ökologische Merkmale einbezogen werden, die für die 275 Metropolregionen mit mehr als 500 000 Einwohnern der über 29 OECD Mitgliedstaaten in der Datenbank der OECD gespeichert sind.

Eine andere Abgrenzung hat die Europäische Kommission für Metropolregionen gewählt.²⁹ Danach sind alle NUTS-3-Einheiten (für Deutschland die Kreise) einzeln oder in unmittelbar räumlicher Nähe von Städten mit mehr als 250 000 Einwohnern sogenann-

te Urbane Agglomerationen. Dabei werden folgende Arten unterschieden: (1) Hauptstädte und in Abhängigkeit von der Bevölkerungszahl (2) sekundäre Metropolregionen. Diese lassen sich – je nach wirtschaftlicher Bedeutung, vor allem bezüglich Arbeitsmarkt, Transportverbindungen und/oder ausgewählten Bildungseinrichtungen wie z.B. Universitäten – weiter untergliedern, oder sie werden auf nationaler Ebene festgelegt.

Einen Überblick über die wichtigsten kleinräumigen Gebietstypisierungen und Abgrenzungskriterien für statistische Zwecke auf europäischer Ebene gibt Tabelle 1.

4. Bedarf an regionalstatistischen Daten auf supra- und internationaler Ebene

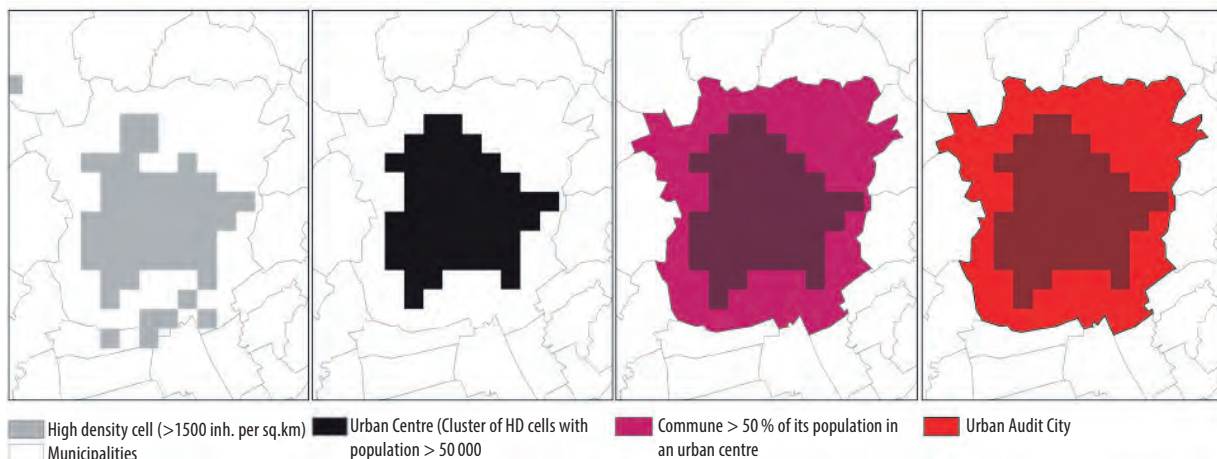
Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Anforderungen und Maßnahmen auf supra- und internationaler Ebene, da hiervon derzeit die größten Impulse auf eine Harmonisierung des gemeinschaftsweiten wie auch nationalen regionalstatistischen Programms ausgehen.

Vor allem auf der Ebene der Europäischen Union gibt es zahlreiche Initiativen, die von Bedeutung für die nationale Regionalstatistik in den Mitgliedstaaten sind, ungeachtet der jeweiligen Institutionen, die entsprechende Daten bereitstellen.

Arbeitsschwerpunkt bei Eurostat, auch in enger Zusammenarbeit mit der OECD, ist derzeit die Schaffung einer qualitativ hochwertigen und vergleichbaren Regionalstatistik zur Beurteilung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten auch auf subnationaler Ebene. Derartige Informationen werden nicht nur für verschiedene Politikbereiche benötigt, sondern sie dienen zur Information von Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen Gruppierungen, Verbänden und sonstigen Einrichtungen. Besondere Einflüsse auf die europäische Regionalstatistik gehen aus von

- 1) einer weltweiten Open-Government-Politik,
- 2) der europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik,
- 3) einer grenzüberschreitenden Umweltpolitik in einer globalisierten Welt.

e | Europäische Gebietstypisierung für Städte und verstädterte Regionen am Beispiel von Graz



Quelle: Cities in Europe, The new OECD-EC definition, http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/focus/2012_01_city.pdf, hier S. 2.

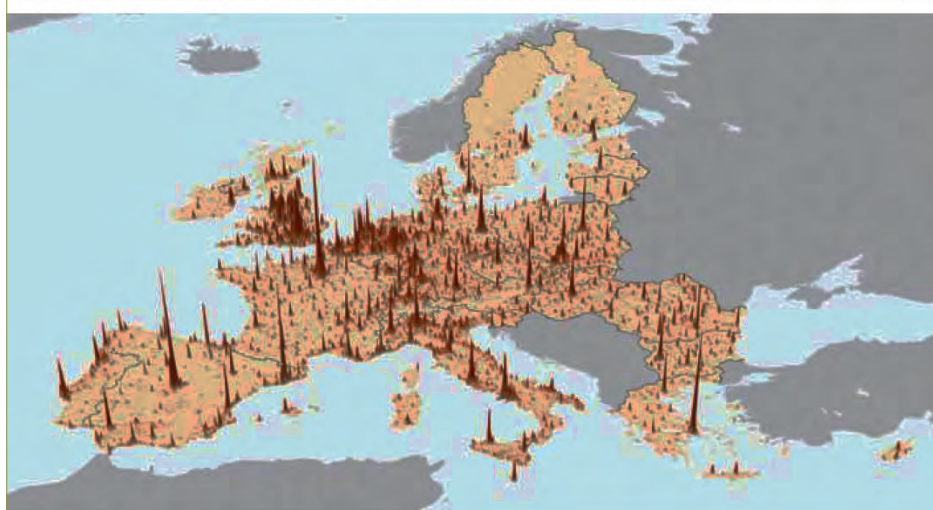
1 | Europäische Gebietstypisierungen

Name	Bezeichnung	Bausteine		Arten	Kriterien		
		Administrativ (LAU)	Raster (1 km)		Siedlungsdichte	Einwohnerzahl	Sonstige
DegUrba	Regional-typisierung	LAU 2	1 km	hoch mittel niedrig	> 500 100 - 500 < 100	> 50 000 > 50 000 < 50 000	
European City EU/ OECD	Urbane Center	LAU 2	1 km	Urban Center (UC): Arten nach Einwohnergröße S 50 000 - 100 000 M 100 000 - 250 000 L 250 000 - 500 000 XL 500 000 - 1 Mill. XXL 1 Mill. - 5 Mill. Global City > 5 Mill.	> 1 500	> 50 000	
	City	LAU 2	1 km	City (=Urban Audit City) Spezialfall: Urban center > city (=greater city, nicht für Deutschland)	> 1 500	> 50 000	1) > 50 % der Bevölkerung der Stadt (LAU 2) lebt im UC 2) 75 % des UC lebt in der City
	Larger Urban Zone	LAU 2	1 km	Larger Urban Zone	> 1 500	> 50 000	1) < 15 % der Beschäftigten einer Stadt wohnt in einer anderen Stadt 2) > 15 % der Wohnbevölkerung arbeitet in der Stadt 3) funktionale Verflechtungen mit weiteren LAU-2-Einheiten zu einem zusammenhängenden Gebiet
Metropol-region OECD	Metropol-regionen	LAU 2	1 km	Hauptstadt	> 1 500 für Europa > 1 000 für US etc.	> 50 000 für Europa > 100 000 für Mexiko, Japan	Pendlerverflechtungen (verschiedene Definitionen)

Quelle: Eigene Darstellung

f | Räumliche Verteilung der Städte in Europa

Map 1 Population density in Europe, 2001



Note: Colours and peak heights represent population density by 1km² raster cells. Sources: Eurostat, JCR, EFGS, REGIO-GIS

Quelle:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/citiesoftomorrow/citiesoftomorrow_final.pdf, hier S. 3.

Im Folgenden sollen kurz die wichtigsten Kernelemente skizziert und anhand von Beispielen für die amtliche Regionalstatistik veranschaulicht werden.

ad (1) Open Government

Daten und Informationen sind grundsätzlich wesentliche Ressourcen einer Informationsgesellschaft. Sie bieten nicht nur eine wichtige Grundlage für politische Planungen und Entscheidungen, sondern sie ermöglichen auch der Wirtschaft neue Geschäftsmodelle und Kooperationen. Für wissenschaftliche Vorhaben sind sie eine unverzichtbare Grundlage.³⁰

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung aller Bereiche von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft haben sich verschiedene Bewegungen mit „open...“ wie z. B. „open access“ oder „open source“ herausgebildet. Für den Bereich der öffentlichen Verwaltung ist dies „Open Government“. Open Government bezeichnet ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Dafür ist eine neue, transparente und auf Zusammenarbeit ausgelegte Verwaltungskultur notwendig. Open Government gilt grundsätzlich für alle Verwaltungsebenen und -einrichtungen in Deutschland³¹ sowie Europa³² und wird weltweit³³ empfohlen. Es stützt sich auf verschiedene Rechtsakte, besonders auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG)³⁴ sowie das Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG)³⁵ auf Bundesebene. Open Government dient vor allem folgenden Zielen: Der Schaffung von

- Transparenz (transparency),
- Teilhabe (participation) sowie der
- Rechenschaftslegung (accountability).

Das bedeutet, Regierungshandeln und Verwaltungsvorgänge sollen leichter nachvollziehbar werden; Informationen sollen bereitgestellt werden, die es jedem Einzelnen in der Zivilgesellschaft ermöglichen, sich an gesellschaftlichen und politischen Prozessen aktiv zu beteiligen. Ein Beispiel dafür ist eine neue Form der Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union. Sie wurde mit dem Vertrag von Lissabon

eingeführt. Es handelt sich um die sogenannte Europäische Bürgerinitiative (EBI).³⁶ Sie ermöglicht den EU-Bürgerinnen und -Bürgern ein Mitspracherecht bei der Gesetzgebung der EU.³⁷

Um die Verwaltungsdaten technisch an einer Stelle auffindbar und einfacher nutzbar zu machen, wurde für Deutschland ein Datenportal „GovData“ für das Internet entwickelt.³⁸ Es bietet einen einheitlichen und zentralen Zugang zu Verwaltungsdaten von Bund, Ländern und Kommunen und beinhaltet nicht nur offene Daten, sondern auch solche, die eingeschränkt nutzbar sind. Im Weiteren gibt es einen Überblick über Fachportale oder solche von Ländern und Kommunen (Abbildung g).

Vorreiter für Open Data und Open Government in Deutschland ist das Statistische Bundesamt mit seinem Angebot von über 390 Bundesstatistiken, von denen ca. 70% auf einer europäischen Rechtsgrundlage basieren und somit europaweit harmonisiert sind.³⁹

Open Government ist eine Plattform für die zunehmend evidenzbasierten und faktenorientierten politischen Strategien und Maßnahmen – sowohl bereichsübergreifende wie auch bereichsspezifische – auf nationaler, supra- und internationaler Ebene.

Für Deutschland haben derartige Strategien bereits eine lange Tradition. Das bedeutet, immer häufiger werden politische Strategien anhand von geeigneten statistischen Indikatoren, überwiegend aus der amtlichen Statistik, überprüft und ggf. modifiziert. Beispiele dafür sind:

- Die „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ als bereichsübergreifende Strategie mit den Bereichen Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und Wahrung der internationalen Verantwortung; das Statistische Bundesamt zeigt für 38 ausgewählte Kennzahlen, welche Ziele erreicht wurden bzw. wo die Entwicklungen hinter den Erwartungen zurückbleiben.^{40, 41} Dazu gehören auch zahlreiche themen- oder bereichsspezifische politikbegleitende Indikatorensysteme zu Integra-

g | Datenangebot aus GovData

The screenshot shows the GovData portal interface. At the top, there is a navigation bar with links for 'Daten', 'Dokumente', 'Apps', 'Neues', 'Bibliothek', 'Das Portal', and 'Anmelden'. Below the navigation bar, there is a search bar and a filter section on the left. The main content area displays search results for 'Europawahl 2014'. The results are sorted by relevance and include a list of datasets with their titles, categories, and last update dates. The first result is 'Europawahl 2014, Ergebnisse der Bundesrepublik Deutschland' with a 'Freie Nutzung' button. The second result is 'Amtliche Ergebnisse der Wahl zum 8. Europäischen Parlament 2014 in Deutschland' with a 'Freie Nutzung' button. The third result is 'Veröffentlichende Stelle: Bundeswahlleiter' with a 'Freie Nutzung' button. The fourth result is 'Monatszahlen für Bevölkerung, Erwerb, Soziales, Bautätigkeit, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Verkehr, ...' with a 'Freie Nutzung' button. The fifth result is 'Webanwendung mit 230 Merkmalen der amtlichen Statistik zu Daten der Amtlichen Statistik seit dem Jahr 2000. U. a. zur Bevölkerung, Wanderungen, Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt, SGB II, Bau...' with a 'Freie Nutzung' button. The sixth result is 'Veröffentlichende Stelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Hol...' with a 'Freie Nutzung' button. The seventh result is 'Liste der Wahlkreise zur Bezirksversammlungswahl 2014 in Hamburg' with a 'Freie Nutzung' button.

Quelle:

<https://www.govdata.de/web/guest/daten>

tion⁴², Gleichstellung von Männern und Frauen⁴³, Gesundheit⁴⁴ oder zur schulischen Bildung.⁴⁵ Alle diese Indikatorensysteme sind zumindest auf nationaler Ebene, d. h. für Deutschland insgesamt verfügbar, für einige gibt es länderspezifische Modifikationen wie z. B. zur Integration.⁴⁶ Einige wenige liegen bis zur kommunalen Ebene vergleichbar vor wie z. B. die Bildungsberichterstattung.⁴⁷ Die Abbildung h enthält ein Beispiel zu Schulen in freier Trägerschaft und jeweiligen Schüleranteilen.

- Auf europäischer Ebene ist besonders die Europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ als Nachfolger der Lissabon-Strategie von 2000 bis 2010 zu nennen. Hinzu kommen weitere Indikatorensysteme für z. B. ausgewählte Leitinitiativen wie „Digitale Agenda“ oder Bildung⁴⁸. Überwiegend richten sich diese politikbegleitenden Indikatorensysteme für Deutschland an die nationale Ebene. Eine Ausnahme für eine engere Zusammenarbeit auf regionaler Ebene bildet die sogenannte Territoriale Agenda der Europäischen Union für die Lissabon-Strategie: Sie ist in der sogenannten Leipzig-Charta aus dem Jahr 2007 enthalten. Für „Europa 2020“ wurde sie als „Territoriale Agenda der Europäischen Union 2020“ vom 19. Mai 2011 in Gödöllő verabschiedet.⁴⁹ Ein Beispiel für die Europäische Raumentwicklung enthält Abbildung i für zwei verschiedene Zeiträume.
- Seit ca. 10 Jahren arbeitet die OECD intensiv und systematisch an einem wissenschaftlich fundierten⁵⁰ statistischen Indikatorensystem zur Fortschrittsmessung „Progress measurement“. Ein Bericht zu „How's life?“ wurde bereits zum zweiten Mal in einer aktualisierten Fassung 2013 veröffentlicht.⁵¹ Neben der Weiterentwicklung eines solchen Ansatzes für die nationale Ebene wurden die regionalen Implikationen auf OECD-Ebene bereits differenzierter diskutiert.⁵² Eine Veröffentlichung „How is life in your

region?“ ist für Oktober 2014 geplant. Für Deutschland wurde das Konzept der OECD für „How's life?“ für ausgewählte große und kleine kreisfreie Städte in Deutschland anhand ausgewählter regionalstatistischer Daten überwiegend aus der Regionaldatenbank Deutschland untersucht.⁵³

- Auf UN-Ebene steht derzeit die Überarbeitung der sogenannten Millennium Development-Ziele im sogenannten „post 2015“-Prozess an.⁵⁴ Auch diese politische Strategie soll von einem statistischen Monitoringsystem begleitet werden; eine internationale Arbeitsgruppe – die sogenannte Friends of the Chair Group (FOC) – mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus der amtlichen Statistik, u. a. vom Statistischen Bundesamt⁵⁵, unterstützt die politischen Entscheidungsträger hinsichtlich der möglichen statistischen Indikatoren und deren Implikationen. Derzeit werden 29 Themenbereiche mit rund 100 Indikatoren diskutiert.⁵⁶ Da die „post 2015“-Strategie für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gelten soll – unabhängig von ihrem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand sowie subnational empfohlen wird, werden allgemein wichtige Impulse für die Regionalstatistik weltweit erwartet.⁵⁷

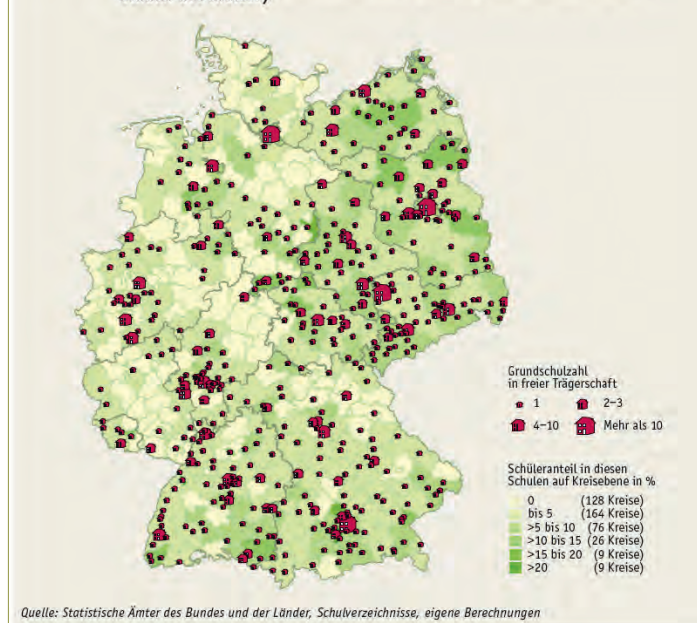
ad (2) Europäische Kohäsions- und Regionalpolitik

Ein wichtiges Ziel für die Europäische Union ist die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts.⁵⁸ Ein Instrument dafür ist die europäische Regionalpolitik, die auf allen Ebenen (Gemeinschaftsebene, nationale Ebene, Europas Regionen und Städte) dazu beiträgt, eine harmonische Gesamtentwicklung in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen zu fördern und zu unterstützen.⁵⁹ Die europäische Regionalpolitik ist Teil der sogenannten Struktur- und Kohäsionspolitik und wird für einen

h | Politikbegleitende regionalstatistische Daten am Beispiel des Bildungsmonitoring

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2012, Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld, 2012, hier S. 71.

Abb. D1-3: Grundschulen in freier Trägerschaft 2010 (Anzahl der Schulen je Gemeinde) und Schüleranteil in diesen Schulen (in % aller Grundschülerinnen und -schüler des Kreises)



Sieben-Jahreszeitraum – derzeit 2014 bis 2020 – festgelegt. Sie fördert durch eine Fülle von Maßnahmen vor allem Länder und Regionen, die in ihrer Entwicklung zurückliegen, mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen und territorialen Unterschiede zu verringern.

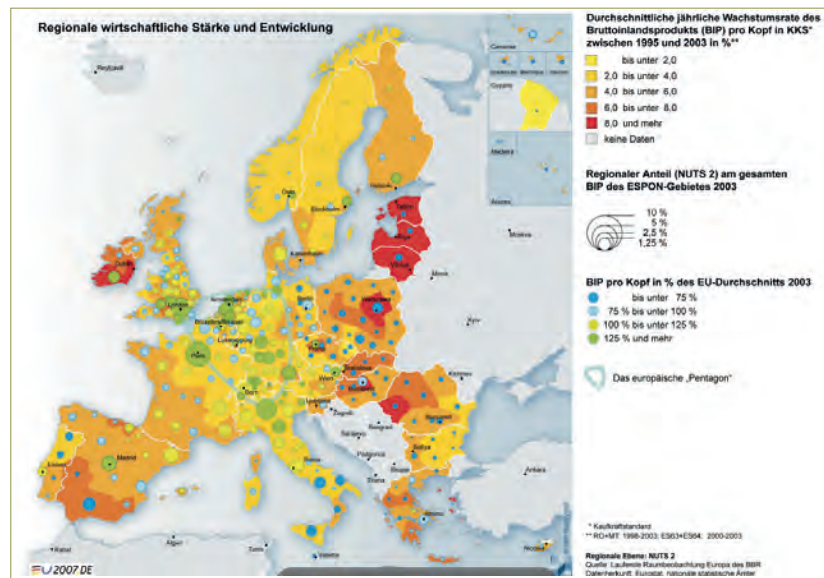
Ziele und Maßnahmen der jeweiligen Förderperiode werden in entsprechenden Rechtsakten festgelegt und anhand weiterer statistischer Indikatoren spezifiziert.⁶⁰ So wurden in der Förderperiode 2007 bis 2013 die zu fördernden Regionen bezüglich des Ziels „Konvergenz“ derart abgegrenzt, dass nur Regionen gefördert wurden, in denen das Bruttoinlands-

produkt pro Einwohner weniger als 75% des europäischen Durchschnitts betrug.

Die aktuelle, reformierte Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 mit insgesamt 351,8 Mrd. EUR für Investitionen in Regionen und Städte für die Europäische Union dient vor allem zur Verwirklichung der Ziele von „Europa 2020“. Hierbei geht es um die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, die Bekämpfung des Klimawandels und der Energieabhängigkeit sowie der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung.⁶¹

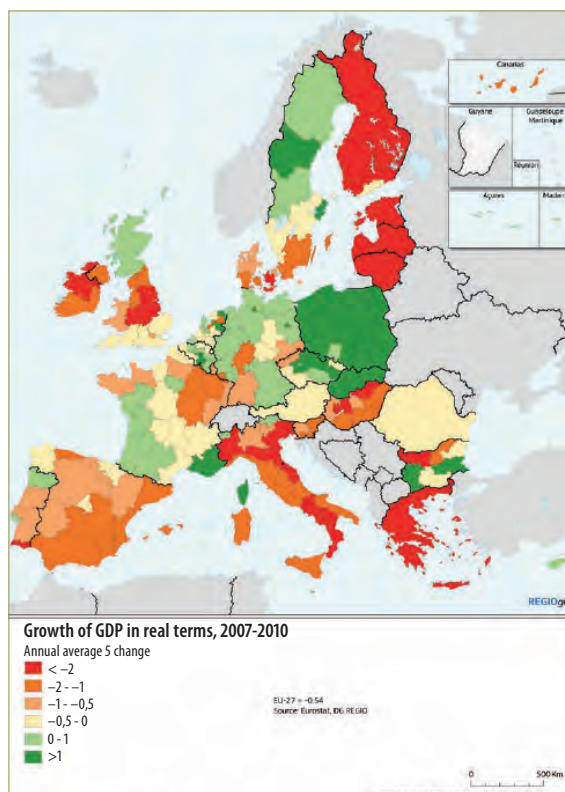
Die europäische Förderpolitik (siehe Abbildung j a) hat auch Auswirkungen auf die regionale Wirt-

i a | Regionale wirtschaftliche Stärke und Entwicklung 1995 bis 2003



Quelle:
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Karten zur Europäischen Raumentwicklung, Leipzig Mai 2007, hier S. 9 bzw. http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/StadtUndLand/Laendlicher-Raum/kartensammlung-zur-europaeischen-raumentwicklung.pdf?__blob=publicationFile

i b | Regionale wirtschaftliche Stärke und Entwicklung 2007 bis 2010



Quelle: Europäische Kommission: Die regionale und urbane Dimension der Krise. Achter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Brüssel Juni 2013, Annex, S. 33.

schaftspolitik der Bundesregierung „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), insofern, als beispielweise für die Abgrenzung der Fördergebiete auch die Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014 bis 2020 der Europäischen Union bis auf eine Ausnahme Berücksichtigung finden (siehe dazu auch Abbildung j b).

Die europäische Struktur- und Kohäsionspolitik mit ihren verschiedenen Komponenten und Fonds, besonders dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF), hat wesentlich zur Entwicklung des in Abschnitt 3 näher beschriebenen regionalstatistischen Programms für Europa beigetragen. Grundlage ist die europäische Gebietsklassifikation NUTS, die zur Abgrenzung der Fördergebiete verwendet wird: Sie erfolgt vor allem für Gebietseinheiten der Ebene NUTS 2 (für Deutschland Regierungsbezirke und Statistische Regionen).

Die europäische Förderpolitik wird in regelmäßigen Abständen überprüft und in einem Kohäsionsbericht überwiegend anhand von statistischen Indikatoren kritisch bezüglich ihrer Zielwirkungen analysiert und dokumentiert⁶². Eine umfassende

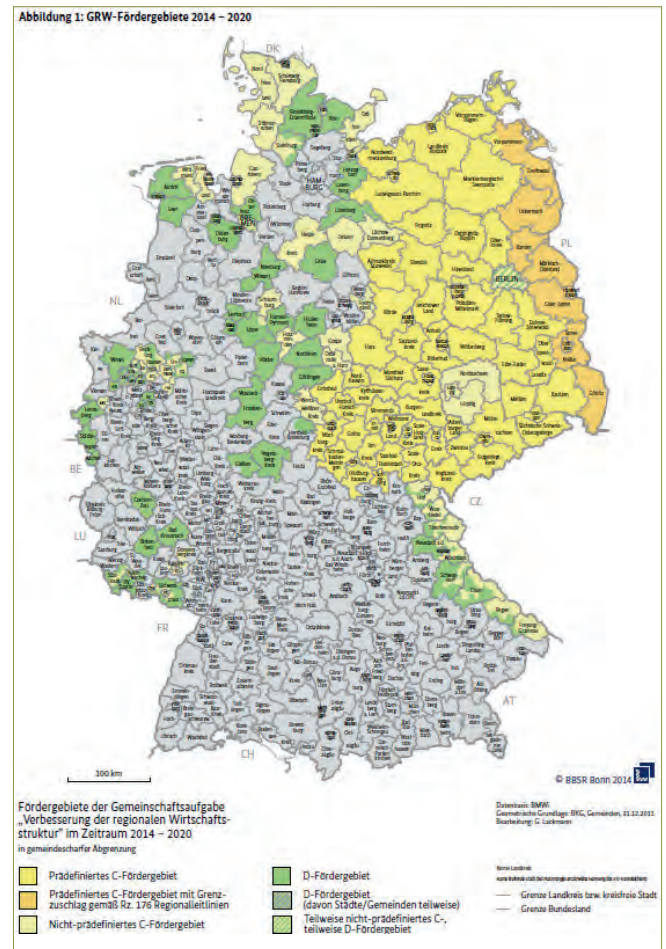
Darstellung enthält der sogenannte Kohäsionsbericht (zuletzt 2010)⁶³, der jeweils um sogenannte Interimsreporte ergänzt wird (zuletzt 2013)⁶⁴.

Eine weitere wichtige Informationsquelle für gemeinschaftsweite europäische Politiken ist die Europäische Erhebung Urban Audit mit derzeit insgesamt 885 Großstädten.⁶⁵ Für diese Erhebung werden seit 1999 statistische Daten für Deutschland durch die KOSIS-Gemeinschaft „Urban Audit“ u. a. mithilfe von EU-Fördermitteln bereitgestellt und über das Statistische Bundesamt vertraglich und finanziell abgewickelt. Diese Daten werden überwiegend von den in die Erhebung einbezogenen deutschen Städten bereitgestellt.⁶⁶ Aber zunehmend findet auch das regionalstatistische Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, besonders aus der Regionaldatenbank Deutschland, Verwendung. Für Deutschland sind derzeit 125 Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern einbezogen, wobei für die Abgrenzung auch funktionsräumliche Kriterien (wie Oberzentrum für die umgebende Region) herangezogen wurden. Diese Erhebung ermöglicht Städtevergleiche in siedlungsstruktureller und funktionsräumlicher Hinsicht.

j a | Abgrenzung der Fördergebiete für den Zeitraum 2014 bis 2020



j b | Abgrenzung der GRW-Fördergebiete auf Gemeindeebene für den Zeitraum 2014 bis 2020



Europäische Kommission: EU-Kohäsionspolitik in Deutschland, http://ec.europa.eu/regional_policy/information/cohesion-policy-achievement-and-future-investment/factsheet/germany_de.pdf

Quelle: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-05-2014,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>, S. 27.

Das Statistische Bundesamt hat 2013 einen Flyer⁶⁷ veröffentlicht, in dem fünf deutsche Großstädte mit deren englischen und französischen Partnerstädten anhand ausgewählter Urban Audit-Indikatoren näher betrachtet werden. Dazu gehören beispielsweise die Größe der Städte gemessen an den Einwohnerzahlen und unter anderem das Wohneigentum. Dabei zeigt sich z.B., dass unabhängig von der Einwohnerzahl einer Stadt die Haushalte in den ausgewählten Städten in Deutschland weniger in eigenen Wohnungen leben als in ihren europäischen Partnerstädten (Abbildung k).

Für Urban Audit kommen die in Abschnitt 3 vorgestellten, überwiegend von der Europäischen Kommission DG Regio in enger Zusammenarbeit mit Eurostat und der für Regionalpolitik zuständigen Einheit der OECD entwickelten, Gebietstypisierungen zur Anwendung. Eine weitere Harmonisierung, vor allem bezüglich des regionalstatistischen Merkmalsangebots und dessen Integration in das europäische regionalstatistische Programm, wird angestrebt.

ad (3) Umweltpolitiken

Ein wichtiges Instrument für die europäische Umweltpolitik sind sogenannte Geodateninfrastrukturen. Ein Beispiel dafür ist INSPIRE, eine europäische Geodateninfrastruktur, die auf der INSPIRE-Richtlinie vom 15. Mai 2007 basiert.⁶⁸ Zweck dieser Richtlinie ist es, eine raumbezogene Dateninfrastruktur für eine gemeinschaftsweite und integrative Umweltpolitik aufzubauen⁶⁹: Alle Einrichtungen des öffentlichen Bereichs sollen über diese Geodateninfrastruktur ihre relevanten Daten nach einheitlichen technischen Standards bezüglich Download, View, Metadaten etc. für alle Bereiche von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft interoperabel, d.h. möglichst überschneidungsfrei und leicht kombinierbar, bereitstellen.^{70,71}

Für Deutschland wurde die INSPIRE-Richtlinie durch die sogenannten Geodatenzugangsgesetze auf Bundes- und Länderebene umgesetzt.⁷² Mit dem Geoportal Deutschland wurde eine INSPIRE-konfor-

me Geodateninfrastruktur nach einheitlichen Prinzipien für alle föderalen Ebenen⁷³ geschaffen.

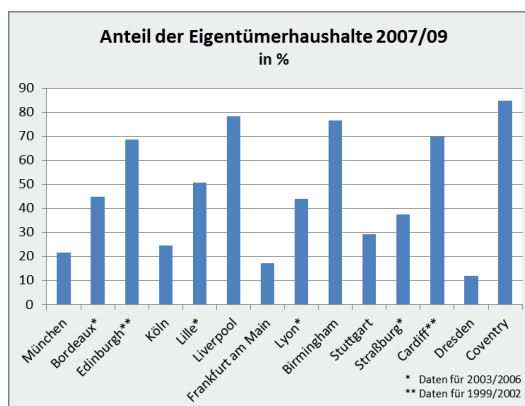
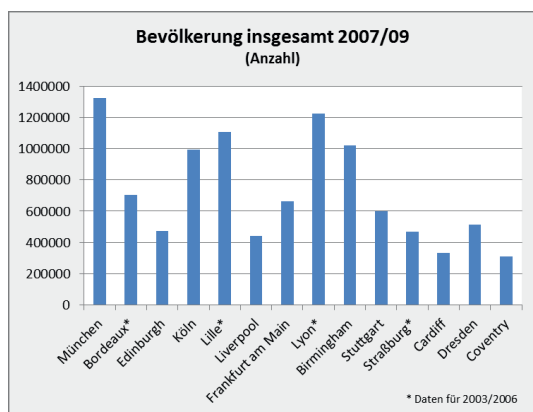
Nach Inkrafttreten der nationalen Rechtsakte zu INSPIRE haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter Federführung des Statistischen Bundesamtes ein High-Level-Gremium eingerichtet, in dem wichtige Aspekte zur Relevanz von INSPIRE für die Bundesstatistik diskutiert und geklärt wurden. Auch hat sich das Statistische Bundesamt intensiv in den INSPIRE-Prozess auf europäischer Ebene eingebracht (u.a. durch Mitarbeit in einer thematischen Arbeitsgruppe wie auch durch die Beteiligung in offenen „Review and Testing“ im Sommer 2011) (Abbildung l).

Dabei wurden u.a. die fachlichen Themenbereiche vor allem von Anhang 3 der INSPIRE Richtlinie daraufhin untersucht, welche Daten aus dem bundesstatistischen Programm kleinräumig zur Verfügung gestellt werden können. Von den 21 im Anhang 3 genannten Themenbereichen sind etwa für die Hälfte prinzipiell Daten aus der Bundesstatistik verfügbar (siehe Abbildung m), wobei das Datenangebot in Tiefe und Breite bereichsspezifisch schwankt.

So ist die Bundesstatistik einer der Hauptdatenlieferanten für den Bereich „Bevölkerungsverteilung - Demografie/Population Distribution“, aber auch im Bereich „Gesundheit und soziale Sicherheit/Human Health and Safety“ oder „Landnutzung/Land Use“ gibt es eine Fülle von Daten.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben beschlossen, dass für INSPIRE bzw. die Geodaten-Infrastruktur Deutschland bzw. das Geoportal Deutschland kleinräumige Daten aus der Regionaldatenbank Deutschland⁷⁴ bereitgestellt werden. Diese Datenbank – ein Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – enthält eine Fülle von deutschlandweit vergleichbaren statistischen Daten zu verschiedenen Statistikbereichen auf Kreisebene.⁷⁵ Sie beinhaltet mehr als 20 Mill. Werte für regionalstatistische Daten für die verschiedenen föderalen Ebenen: insgesamt etwa 110 Tabellen für 24 Bereiche aus 80 Statistiken auf Landes-, Regierungsbezirks- bzw.

k | Vergleich ausgewählter deutscher Städte mit ihren europäischen Partnerstädten



Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Lebens- und Arbeitsbedingungen in fünf deutschen Großstädten und ihren Partnerstädten in Frankreich und England – Ausgewählte Indikatoren, Wiesbaden 2013.

2 | Ausgewählte harmonisierte subnationale Datenangebote des Statistischen Bundesamtes sowie Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kleinräumig, kartografisch sowie politikbegleitend

Datenquelle	Regionaleinheit	Karten	Aktualisierung	Herausgeber	Kurzbeschreibung	Beispiellink	
Datenbanken	GENESIS-Online	Deutschland, Bundesländer	ü	unterjährig	Destatis	> 500 Mill. Werte für > 200 Statistiken	https://www-genesis.destatis.de/genesis/online
	Regionaldatenbank	Deutschland, Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise/kreisfreie Städte, Gemeinden, -verbände	–	unterjährig	Gemeinschaftsveröffentlichung	24 Themenbereiche mit 113 Tabellen, davon 29 auf Gemeindeebene	https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon
	Gemeindeverzeichnis-informations-system GV-ISys)	Deutschland, Bundesländer, Gemeinden, -verbände	–	unterjährig	Gemeinschaftsveröffentlichung	für > 11 100 Gemeinden, >1 200 Gemeindeverbände Angaben zur Bevölkerung, Fläche, Raumtypisierungen etc.	https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis_ol.html
Atlanten	Regionalatlas	Kreise/kreisfreie Städte	ü	unterjährig	Gemeinschaftsveröffentlichung	über 90 Indikatoren und rd. 600 Karten, Regionaldatenbank	https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/regatlas/ai002-1.xml&CONTEXT=REGATLAS01
	Außenhandelsatlas	Deutschland, Bundesländer	ü	jährlich	Destatis	Gesamtexport/-import und Handelsbilanzsaldo nach Warenklassifikationen	https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/ahAtlas/Atlas-T3.xml&CONTEXT=FOREIGN-TRADE01
	Luftverkehrs-atlas	Bund	ü	jährlich	Destatis	Passagier-, Luftfracht- und Luftpostaufkommen	https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/lvAtlas/LV-Atlas-03.xml&CONTEXT=AIR-TRANSPORT01&CLASSLIM=10000,100000,500000,1000000,5000000
	AgrarAtlas	Rasterzellen	ü	einmalig	Gemeinschaftsveröffentlichung	16 Karten zu Landwirtschaft, landwirtschaftl. Betrieben und Flächen, Tierbeständen etc.	http://www.atlas-agrarstatistik.nrw.de/
	Zensus 2011 – So wohnt Deutschland	Kreise/kreisfreie Städte	ü	einmalig	Destatis	Karten zu Neubauten, Leerstandsquoten, Eigentümerquoten, Wohnungsgrößen etc.	https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/zensusKarteTeaser.html
	Bundestagswahl	Wahlkreise	ü	4-jährlich	Bundeswahlleiter	Karten zu ausgewählten Strukturdaten und Wahlergebnissen	http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/onlineatlas/start_wahlatlas.html
	Europawahl	Deutschland, Bundesländer, Kreise/kreisfreie Städte	ü	5-jährlich	Bundeswahlleiter	Karten zu ausgewählten Strukturdaten und Wahlergebnissen	http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/onlineatlas/start_wahlatlas.html
	Genderatlas/ Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen	Bundesländer, Kreise/kreisfreie Städte	tw	3-jährlich	BMFSFJ	Frauen-/Männeranteil zu Partizipation, Bildung, Ausbildung, Arbeit, Einkommen, Lebenswelt; teilweise im Regionalatlas	http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,-did=130048.html
Politikbegleitendes Monitoring, fachspezifische Datenbanken	Nachhaltige Entwicklung in Deutschland	Deutschland	tw	fortlaufend/ regelmäßig	Destatis, Gemeinschaftsveröffentlichung	52 Indikatoren in GENESIS-Online; 16 Indikatoren im Regionalatlas	https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren.html
	Sozialbericht-erstattung	Deutschland, Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise/kreisfreie Städte	tw	fortlaufend/ regelmäßig	Destatis, Gemeinschaftsveröffentlichung	Indikatoren zu Einkommens-/ -verteilung, Mindestsicherungsleistung, Qualifikationsniveau, Erwerbsbeteiligung; 16 Indikatoren im Regionalatlas	http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/armutsgefahrungsquoten_regional.html https://www.regionalstatistik.de/genesis/online;jsessionid=A54206AE99A68BEE961766235EE81CE7?sequenz=statistikTabellen&selectionname=22810
	Gesundheitsbericht-erstattung des Bundes/GBE	Deutschland, Bundesländer	tw	fortlaufend/ regelmäßig	Destatis, Gemeinschaftsveröffentlichung	> 2 Mrd. Zahlen und Kennziffern zu Gesundheitsdaten und -informationen, 5 Indikatoren im Regionalatlas	http://www.gbe-bund.de/
	Integration	Deutschland, Bundesländer	–	2-jährlich	Destatis	für Regionalatlas NUTS 2 geplant	http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/bericht_2011_lag_indikatorenentwicklung_monitoring_teil_1_bericht.pdf?start&ts=1363878767&file=bericht_2011_lag_indikatorenentwicklung_monitoring_teil_1_bericht.pdf https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/home/pdf/SP_Integrationsbericht-01-00_DE_2011_DT.pdf
	Bildungsbericht-erstattung	Deutschland, Bundesländer, Kreise/kreisfreie Städte	tw	2-jährlich	Gemeinschaftsveröffentlichung	datengestützte Informationen über Rahmenbedingungen, Input, Verläufe, Ergebnisse und Wirkungen von Bildungsprozessen	https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Bildungsstand/BildungDeutschland.html https://www.bildungsmonitoring.de/bildung/online/logon
Bildung und Wissenschaft	Bundesländer	ü	zuletzt 2009	Destatis	GENESIS-Online, 7 Indikatoren im Regionalatlas	https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=F4115B54719FC6D5E0DC9F1BD95F5DF4.tomcat_GO_1_1?operation=statistikenVerzeichnisNextStep&levelindex=0&levelid=1401179487726&index=7&structurelevel=2	

ü= überwiegend, tw= teilweise Quelle: Eigene Darstellung

Regionsebenen, davon 29 Tabellen auf Gemeindeebene. Ein Teil dieser Daten und Indikatoren wird im Regionalatlas – ebenfalls ein Gemeinschaftsprodukt – interaktiv und kartografisch online allgemein zugänglich und kostenfrei angeboten. Dieser Atlas enthält zurzeit über 90 Indikatoren mit rd. 600 Karten; Datenangebote zu Indikatorensystemen, wie sie in der Datenbank des Statistischen Bundesamtes GENESIS-Online bereitgestellt werden (z.B. für die Bereiche nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Wissenschafts-, Technologie- und Kulturindikatoren) sind in Vorbereitung.

Aus der Regionaldatenbank Deutschland wurden zunächst nur Daten zur Bevölkerung im Rahmen des sogenannten Monitoringprozesses von den statistischen Ämtern für INSPIRE gemeldet. Da für eine Geodateninfrastruktur wie INSPIRE vor allem statistische Angaben für vielfältige Zwecke benötigt werden, die z.B. eine Unterscheidung nach Tag- und Nachtbevölkerung erforderlich macht, wurden dazu bereits wichtige Komponenten aus der Bundesstatistik zu Wohnbevölkerung, zu Beschäftigten am Arbeitsort, zu Schülerinnen und Schülern etc. bereitgestellt.

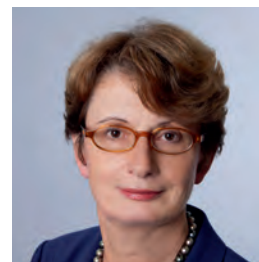
In den nationalen (Geo-)Portalen (Geoportal Deutschland oder GovData) sind darüber hinaus weitere kleinräumige Datenangebote von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder eingebunden. Dazu gehören z.B. der rasterbasierte Agraratlas oder Atlanten zu Bundestags- oder Europawahlen, ebenfalls Produkte des Statistischen Bundesamtes. Im Weiteren ist über diese Datenportale eine Vielzahl an ausgewählten bereichsspezifischen, auch kleinräumigen Datenangeboten aus der amtlichen Statistik zugänglich. Einen Überblick über deutschlandweit harmonisierte Daten vom Statistischen Bundesamt wie auch über Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gibt Tabelle 2.

5. Ausblick

Auch wenn bislang auf Bundesebene ein unmittelbarer Bedarf an kleinräumigen Daten für politische Entscheidungen nur in ausgewählten Bereichen besteht, so ist doch ein zunehmendes allgemeines Interesse an flächendeckenden kleinräumigen Daten zu beobachten. Dieses Interesse resultiert zum einen aus der Erkenntnis, dass politische Vorgaben für die nationale, supra- oder internationale Ebene umso erfolgreicher sind, je mehr den regionalen Besonderheiten Beachtung geschenkt wird bzw. je mehr es auch in irgendeiner Weise benachteiligten Regionen ermöglicht wird, entsprechende Barrieren zu beseitigen und ihr Potenzial voll zu entfalten. Das bedeutet, auch von Regionen oder Städten wird zunehmend der Wunsch nach vergleichbaren flächendeckenden kleinräumigen Daten für Vergleichszwecke geäußert. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder stellen bereits heute schon eine Fülle von weitgehend harmonisierten regionalstatistischen Daten für kleinräumige Analysen bereit. Der Ausbau dieses Angebots schreitet zügig fort.

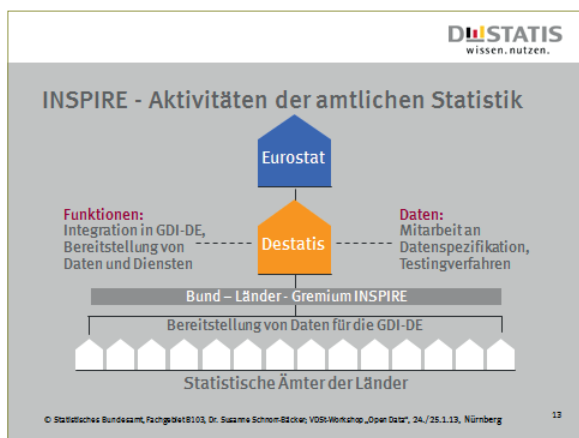
Dr. Susanne Schnorr-Bäcker

leitet im Statistischen Bundesamt (Destatis) das Referat *Koordinierung, Regionalstatistik, Indikatoren*. Sie ist Mitglied in verschiedenen Arbeitsgruppen auf nationaler und subnationaler Ebene und arbeitet in zahlreichen Gremien bei der Europäischen Kommission – besonders bei Eurostat –, als auch der OECD und den Vereinten Nationen mit.



Ihre aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind „Neue Datenquellen/Big Data“, vor allem zusammen mit Eurostat, die „Better Life Initiative“ und „How is life in your region“ der OECD sowie die Bedeutung von Geodateninfrastrukturen (wie GDI-DE, INSPIRE und UN-GGIM) für das Programm der Bundesstatistik.

I | Mitarbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bei INSPIRE



Quelle: Schnorr-Bäcker, S.: Weiterentwicklungen in der amtlichen Regionalstatistik, Vortrag und Präsentation auf dem VDSt-Workshop, 24./25. Januar 2013 in Nürnberg, Folie 13.

m | INSPIRE-Themenbereiche mit Bezug zur amtlichen Statistik

INSPIRE - Anhänge II und III: Relevanz für StÄ			
Themenbereiche	groß	mittel	gering
Agricultural and Aquaculture Facil. (AF)			X
Area Management (AM)			X
Buildings (BU)			X
Energy Resources (ER)			X
Human Health and Safety (HH)		X	
Land Cover (LC)			X
Land Use (LU)		X	
Population Distribution (PD)	X		
Production and Industrial Facilities (PF)			X
Statistical Units (SU)	X		
Utility and Governmental Services (US)			X

Quelle: Schnorr-Bäcker, S.: Weiterentwicklungen in der amtlichen Regionalstatistik, Vortrag und Präsentation auf dem VDSt-Workshop, 24./25. Januar 2013 in Nürnberg, Folie 15.

Anmerkungen

- 1 Siehe Regelungen im Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2446) oder im Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz (STVUnfStatG) vom 15. Juni 1990 (BGBl. I S. 1078).
- 2 Siehe Agrarstatg, <http://www.atlas-agrarstatistik.nrw.de/> sowie Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 5 des Gesetzes vom 12. April 2012 (BGBl. I S. 579) geändert worden ist, <http://www.gesetze-im-internet.de/agrstatg/BJNR004690989.html>
- 3 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – E-GovG) vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749), http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/IT-Netzpolitik/E-Government/E-Government-Gesetz/e-government-gesetz_node.html
- 4 Zum genauen Wortlaut siehe die entsprechenden §§ im Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.
- 5 Der genaue Wortlaut von § 14 E-GovG ist: „(1) Wird ein elektronisches Register, welches Angaben mit Bezug zu inländischen Grundstücken enthält, neu aufgebaut oder überarbeitet, hat die Behörde in das Register eine bundesweit einheitlich festgelegte direkte Georeferenzierung (Koordinate) zu dem jeweiligen Flurstück, dem Gebäude oder zu einem in einer Rechtsvorschrift definierten Gebiet aufzunehmen, auf welches sich die Angaben beziehen. (2) Register im Sinne dieses Gesetzes sind solche, für die Daten auf Grund von Rechtsvorschriften des Bundes erhoben oder gespeichert werden; dies können öffentliche und nichtöffentliche Register sein.“
- 6 Siehe dazu auch die Ausführungen in European Commission: INSPIRE Infrastructure for Spatial Information in Europe, D2.8.III.1 v3.Orç3; 2013-02-04, S.1ff. http://inspire.ec.europa.eu/documents/Data_Specifications/INSPIRE_DataSpecification_SU_v3.Orç3.pdf
- 7 Siehe dazu die Ausführungen im Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz, a. a. O. oder im Umweltstatistikgesetz a. a. O.
- 8 Siehe dazu auch die Ausführungen in Abschnitt 2.
- 9 Im Folgenden soll nicht weiter eingegangen werden auf geo- oder topografische Besonderheiten.
- 10 Siehe dazu z. B. die Publikation des Landesamtes für Statistik Niedersachsen: Gebietsstandsänderungen in Niedersachsen – ab 1978, vom 11. Februar 2014 unter http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=33809&article_id=103365&psmand=40
- 11 Siehe dazu Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys), Wiesbaden, Oktober 2013 bzw. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Gemeindeverzeichnis.html;jsessionid=5327CA7B81C7788BB5F52F40A453B44E.cae1>
- 12 Siehe dazu auch die Regelungen im Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585).
- 13 Auf einer derartigen Raumgliederung baut auch ein Simulationsansatz zur Versorgung der Bevölkerung auf; siehe auch Schnorr-Bäcker, S.: Ein Simulationsansatz zur Beurteilung der Güterversorgung der Bevölkerung unter räumlichem Aspekt, Diss., Gießen 1983.
- 14 Siehe dazu auch Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/Da-seinsvorsorge/Projekte/ZentraleOrte/ZentraleOrte.html>
- 15 Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietsseinheiten in der Statistik (NUTS) (ABl. L 154 vom 21. Juni 2003). Derzeit gilt die Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011, (ABl. L 13 vom 18. Januar 2011, S. 3).
- 16 Nach dem Gesetzestext besteht auch die Möglichkeit einer außerplanmäßigen Revision, wenn bestimmte nationale Interessen zu einer grundlegenden Änderung der regionalen Untergliederung eines Landes führen; als ein Beispiel sei die Aufnahme von Kroatien in die Europäische Union zum 1. Juli 2013 genannt.
- 17 Ab 1. Januar 2015 gilt im Hinblick auf die Übermittlung von Daten an die Europäische Kommission die Verordnung (EU) Nr. 1319/2013 (ABl. L342/1 vom 18. Dezember 2013) der Kommission vom 9. Dezember 2013 zur Änderung der Anhänge der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003.
- 18 Zu Einzelheiten dieses Geostat-Projektes siehe European Forum for Geography and Statistics (Geostat/ EFGS), <http://www.efgs.info/>
- 19 Ähnlich auch http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/documents/Defining_urban_areas.pdf
- 20 Siehe dazu besonders die Ausführungen http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/degree_urbanisation/introduction
- 21 Siehe dazu https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis_ol.html
- 22 Siehe dazu auch die Veröffentlichung von Dijkstra, L., Poelman, H.: Cities in Europe, the new OECD-EC Definition, herausgegeben von der Europäischen Kommission, Brussels 1/2012 bzw. http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/fo-cus/2012_01_city.pdf
- 23 Siehe dazu auch http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/city_urban
- 24 Siehe dazu http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/city_urban/spatial_units
- 25 Siehe <http://www.staettestatistik.de/urban-audit.html>
- 26 Siehe dazu auch Europäische Kommission: Cities in Europe, a.a.O., S. 6 ff.
- 27 Siehe dazu auch die Veröffentlichung der Europäischen Kommission: European Union, Regional Policy: Cities of tomorrow, Challenges, visions, ways forward, Brussels, October 2011 bzw. http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/citiesoftomorrow/citiesoftomorrow_final.pdf
- 28 Für Japan und die USA werden von der OECD andere Werte gewählt, wie z. B. eine Siedlungsdichte von 1 000 Einwohnern je km² für Kanada und die Vereinigten Staaten für Städte ab 50 000 Einwohnern; für Japan, Korea, Mexiko werden erst Städte mit einer Einwohnerzahl von mehr als 100 000 Personen betrachtet. Siehe dazu auch die Definitionen der OECD für funktionale Urban areas, S. 3, www.oecd.org/gov/regional-policy/definition-of-Functional-Urban-Areas-for-the-OECD-metropolitan-database.pdf
- 29 Siehe dazu http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/metropolitan_regions wie auch European Union: Metropolitan regions in the EU, in Regional Focus no. 1/2009 bzw. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/metropolitan_regions
- 30 Siehe dazu auch die Ausführungen in RatSWD: Endbericht der AG „Georeferenzierung von Daten“ des RatSWD, Bericht der Arbeitsgruppe und Empfehlungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin 2012, insbesondere die Abschnitte 3, S. 10 ff. sowie 5.2.1., S. 37 ff.; http://ratswd.de/Geodaten/downloads/RatSWD_Endbericht_Geo-AG.pdf
- 31 Für Deutschland ist auf Bundesebene für diese Initiative das Bundesministerium des Innern zuständig; siehe dazu http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/open-government_node.html
- 32 Siehe dazu auch <http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/open-government>
- 33 Siehe dazu auch United Nations (Hrsg.): Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda, New York 2013 bzw. <http://www.post2015high.org/wp-content/uploads/2013/05/UN-Report.pdf>, besonders Executive Summary, Ziffer 4 und Kapitel 1, S. 4 ff.
- 34 Informationsfreiheitsgesetz vom 5. September 2005 (BGBl. I S. 2722), das durch Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist.
- 35 Gesetz über die Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen (Informationsweiterverwendungsgesetz – IWG) vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2913); dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (ABl. EU Nr. L 345 S. 90).
- 36 Siehe Artikel 11 Absatz 4 des Vertrages über die Europäische Union, umgesetzt in der Verordnung EU 211/2011 bzw. <http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/downloads/rechtsgrundlagen/EUV.pdf>, Artikel 11.
- 37 Zu Einzelheiten siehe auch http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/Europaeische-Buergerinitiative_node.html
- 38 Siehe dazu auch <https://govdata.de/>; nähere Erläuterungen enthält z. B. <https://www.govdata.de/hilfe>
- 39 Siehe http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/StatistischesBundesamt/statistischesBundesamt_node.html

- 40 Siehe dazu auch http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/_node.html. Diese Strategie wird von einem statistischen Monitoring begleitet. Es wird vom Statistischen Bundesamt in zweijährlichem Turnus aktualisiert; siehe dazu auch https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Umwelt-oekonomischeGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/Indikatoren-PDF_0230001.pdf;jsessionid=CD2731A910418B8C596233D-F49274AC1cae3?__blob=publicationFile
- 41 Auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ empfiehlt in ihrem Schlussbericht, angenommen vom Deutschen Bundestag am 6. Juni 2013, ein noch näher festzulegendes statistisches Monitoring „W3-Indikatoren“; siehe dazu Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zum nachhaltigen Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2013, hier S. 28 f., <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/175745/schlussbericht-der-enquete-kommission>
- 42 Siehe dazu http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragteFuerIntegrations/weitereschwerpunkte/monitoring/_node.html
- 43 Siehe dazu besonders <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/2.-Atlas-zur-Gleichstellung-in-Deutschland.property=pdf,bereich=bmfsfj,-sprache=de,rwb=true.pdf>
- 44 Siehe zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes auch <http://www.gbe-bund.de/>
- 45 Siehe <https://www.bildungsmonitoring.de/bildung/online/logon>
- 46 Siehe dazu http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/bericht_2011_lag_indikatorenentwicklung_monitoring_teil_1_bericht.pdf?start&ts=1363878767&file=bericht_2011_lag_indikatorenentwicklung_monitoring_teil_1_bericht.pdf
- 47 Siehe dazu <https://www.bildungsmonitoring.de/bildung/online/logon>
- 48 Einen Überblick dazu gibt Schnorr-Bäcker, S.; Heilemann, U.: Methoden und Grenzen der Marktbeobachtung im EU-Binnenmarkt und den Mitgliedsstaaten, Endbericht Forschungsvorhaben Nr. 61/09 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Wiesbaden im Mai 2011, besonders Kapitel 3, S. 60 ff.; über den aktuellen Stand informiert die offizielle Webseite http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm
- 49 Siehe dazu die territoriale Agenda der Europäischen Union vom 24./25. Mai 2011 (kurz: Leipzig Charta 2007) und weitere Informationen unter http://www.bmvi.de/DE/StadtUndLand/EuropaeischeStadt/europaeische-stadt_node.html
- 50 Siehe dazu <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>; zu Einzelheiten siehe den Bericht: Stiglitz, J.E.; Sen, A.; Fitoussi, J.-P.: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf
- 51 Siehe dazu: OECD (Hrsg.): How's life? 2013, Measuring Well-Being, Paris, 2013 bzw. <http://www.oecd.org/statistics/howlife.htm>
- 52 Siehe dazu <http://www.oecd.org/gov/regional-policy/How's-life-in-your-region-Flyer.pdf>
- 53 Siehe Schnorr-Bäcker, S.; Bömermann, H.: Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung, Zum OECD-Ansatz „How's life – Measuring Well-Being“, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 2/2013, S. 30 ff.
- 54 Siehe dazu auch <http://www.post2015hlp.org/> wie auch Anmerkung 36
- 55 Siehe dazu auch UN Statistical Commission (Hrsg.): Some national, regional and international efforts and practices in the measurement of sustainable development and human well-being, prepared by Friends of the Chair Group on broader measures of progress, New York, February 2014; <http://unstats.un.org/unsd/broader-progress/pdf/BG-FOC-Broader%20measures-Practices%20on%20broader%20measures%20of%20progress.pdf>
- 56 Siehe dazu UN Statistical Division in collaboration with the Friends of the Chair group on broader measures of progress, (Hrsg.): Compendium of statistical notes for the Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG), New York, März 2014 bzw. <http://unstats.un.org/unsd/broader-progress/work.html> sowie die Bewertung „Response to the SDSN indicator proposal“ vom April 2014 auf der o.g. Webseite.
- 57 Siehe dazu auch United Nations: Report of the High Level Panel, a.a.O., z. B. „Executive summary“ sowie [http://unstats.un.org/unsd/broader-progress/pdf/Summary%20of%20Comments%20on%20HLP%20Report%20\(2013-10-30\).pdf](http://unstats.un.org/unsd/broader-progress/pdf/Summary%20of%20Comments%20on%20HLP%20Report%20(2013-10-30).pdf)
- 58 Siehe dazu konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU C326/47 vom 26.10.2012), hier Artikel 2 sowie Artikel 174.
- 59 Zu Einzelheiten siehe besonders http://ec.europa.eu/regional_policy/how/index_de.cfm
- 60 Grundlage der aktuellen Kohäsionspolitik ist die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. EU L 347 vom 20.12.2013) mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates, (ABl. EU L 210 vom 31.7.2006); zu weiteren Rechtsakten siehe auch http://ec.europa.eu/regional_policy/information/legislation/index_en.cfm
- 61 Siehe dazu auch http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_en.cfm
- 62 Eine Übersicht über die Publikationen enthält http://ec.europa.eu/regional_policy/information/reports/index_en.cfm
- 63 Siehe dazu auch Europäische Kommission: In Europas Zukunft investieren, Fünfter Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Brüssel November 2010.
- 64 Siehe Europäische Kommission: Die regionale und urbane Dimension der Krise, Bericht der Kommission, Brüssel Juni 2013.
- 65 Siehe dazu auch http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/urban/audit/index_en.cfm
- 66 Für Deutschland siehe Urban Audit <http://www.staettestatistik.de/urban-audit.html>
- 67 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Lebens- und Arbeitsbedingungen in fünf deutschen Großstädten und ihren Partnerstädten in Frankreich und England – Ausgewählte Indikatoren, Wiesbaden 2013.
- 68 Directive 2007/2/EC of the European Parliament and of the Council of 14 March 2007 establishing an Infrastructure for Spatial Information in the European Community (INSPIRE), (ABl. L 108 S.1) bzw. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ.L.2007:108:0001:0014:EN:PDF>
- 69 Siehe INSPIRE-Richtlinie a.a.O., hier Erwägungsgrund (3) ff.
- 70 Siehe dazu auch Commission Regulation (EU) No 1253/2013 of 21 October 2013 amending Regulation (EU) No. 1089/2010 implementing Directive 2007/2/EC as regards interoperability of spatial data sets and services; zu diesen und weiteren Rechtsakten siehe <http://inspire.ec.europa.eu/index.cfm/pageid/3>
- 71 Zum Aufbau von INSPIRE vor allem in technischer Hinsicht siehe z. B. http://www.geodaten.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=8655&article_id=25473&psmand=28
- 72 Für den Bund siehe Geodatenzugangsgesetz (GeoZG) vom 10. Februar 2009 (BGBl. I S. 278), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. November 2012 geändert worden ist.
- 73 Siehe dazu auch <http://www.geoportal.de/GE/DE/GDI-/gdi-de.html?lang=de>
- 74 Siehe <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>
- 75 Welche Tabellen aus dieser Datenbank abrufbar sind, darüber gibt der RegioStat-Katalog Auskunft; siehe <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Regionales/RegioStatkatalog.html>